

Bürgerliste Wiesbaden

Informationsschrift der Rathausfraktion Bürgerliste Wiesbaden

Nr. 1 - 2007

Wie wird es weitergehen in Wiesbaden?

Mit bedenklich geringer Wahlbeteiligung und bei fehlender Alternative ist ein neuer Oberbürgermeister gewählt worden. Die Position der Jamaika-Koalition in der Stadtpolitik ist damit weiter gestärkt, eigentlich herrscht sie vollständig unangefochten. Was erwartet uns? Die Politik der Koalition für die nächsten Jahre ist im Koalitionsvertrag festgelegt.

Schon in den letzten Monaten sind schwerwiegende Zukunftsentscheidungen getroffen worden, die Wiesbaden verändern werden: Es wird, dem Stadtverordnetenvotum (auch unserem) zum Trotz, ein Mammutkohlekraftwerk auf der Ingelheimer Aue gebaut, direkt gegenüber dem Biebricher Schloß. Im Osten von Wiesbaden werden die amerikanischen Streitkräfte, die ihr Hauptquartier hierher verlegen, größere Gebiete zur Bebauung erhalten, dabei handelt es sich um wertvolles Ackerland mit teilweise geschützter Fauna und ein klimatisch wichtiges Entstehungsgebiet für Kaltluft. Die Stadt hat in dieser Sache nur geringe Einflußmöglichkeiten, aber uns fehlte der Protest, und die Sicherheitsprobleme wurden ignoriert. Weiteren Landschaftsverbrauch lehnt die BLW-Fraktion auf je-



Die Felder um den Flughafen Erbenheim sollen bebaut werden

Foto: T. Reiß

Inhalt

Wie wird es weitergehen in Wiesbaden.....	1
Abschied von Stadtrat Schüler.....	3
Gentechnikfreie Zone Wiesbaden.....	4
Trockenmauern.....	5
Betonstützmauer Rambacher Friedhof.....	6
Das Steinkohlekraftwerk.....	7
Vogeltod am Bowling Green.....	8
Planung Stadtmuseum.....	9
Wiesbaden im Wandel.....	10
Gebetszentrum am Gräselberg.....	11
Weltkulturerbe.....	12
Ehrenbadekarten.....	12

den Fall ab. Schließlich hat die Koalition unter Ausschluß der Öffentlichkeit, ohne relevante Vergleichszahlen zum Eigenbau und ohne Architekturmodelle zu sehen, das Riesenprojekt Justiz- und Verwaltungszentrum an der Mainzer Straße beschlossen. Hier entsteht ein neues Viertel, vermutlich von häßlichstem und gesichtslosesten Zuschnitt, und das lebendige, funktionierende Viertel Moritzstraße wird dafür ausgetrocknet. Die BLW-Fraktion ist auch kategorisch gegen dieses Projekt.

Im Wahlkampf wurde der Eindruck erweckt, als stünde in Wiesbaden alles zum Besten und als würden die restlichen Probleme von Jamaika nach der Wahl gelöst. Die BLW ist dagegen der Meinung, daß es gravierende Fehlentwicklungen gibt, die sich fortsetzen werden. Dazu ein paar Stichpunkte:

Einzelhandel: In Wiesbaden haben in den letzten Jahren an die fünfzig Einzelhandelsgeschäfte aufgegeben, darunter viele alteingesessene Häuser. Das Liliencarré ist monströs, ein Schlag gegen die Lebendigkeit der Innenstadt. Mit dem geplanten Möbelhaus am Petersweg wird der innenstadtfeindliche Trend von der Jamaika-Koalition fortgesetzt.

Stadtplanung: Es zeigt sich schon jetzt, daß die Fußgängerzone eine sterile und ungemütliche Einrichtung wird. Für die BLW sind sowohl der Kurplatz wie auch der Mauritiusplatz und der Bahnhofsvorplatz mißlungen: steinerne Ödnis. Beim Platz der Deutschen Einheit wird eine Großbebauung projektiert,

man fängt mit einem Polizeipräsidium und einer Großsporthalle an, es ist absolut unklar, wie hier ein schöner lebendiger Platz herauskommen soll. Wir haben keinerlei Zutrauen zu den Platzgestaltern in dieser Stadt, und sehen mit Sorge weiteren Umgestaltungen entgegen wie bei dem bereits malträtierten Platz am Kochbrunnen.

Architektur: Eine Wende zu einer menschengemäßerer und phantasievolleren Architektur ist nirgends erkennbar. Wettbewerbe werden weiter so organisiert, daß wirkliche Alternativen keine Chance haben. Das wird sich als besonders schlimm erweisen beim Stadtmuseum. Eingehen auf das Wiesbadener Ensemble war bisher kein Gesichtspunkt bei den diesbezüglichen Planungen.

Sauberkeit: Es wird immer wieder beteuert von der Verwaltung, daß man viel tue für die Sauberkeit in der Stadt. Ein wirklicher Fortschritt ist für uns nicht erkennbar. Typisches Beispiel: Sprayertum. Es gibt in Wiesbaden markante Stellen, die seit Jahren übersprüht sind, z.B. die Mauer an der Sonnenberger Straße Nähe Dietenmühle. In andern Städten geht man energisch gegen die Sprayerei vor, in Wiesbaden wird sie immer noch gefördert.

Kunst: Kunstförderung heißt bei uns eigentlich nur noch Subventionierung von Gag-Kunst, die dann oft noch entsorgt werden muß. Dafür werden riesige Beträge ausgegeben. An eine Erweiterung des Spektrums zu mehr Bedeutsamkeit und Könertum hin wird nicht gedacht.

Was bieten da andere Städte, z.B. Frankfurt!

Bürgerbeteiligung: Jamaika setzt auf PPP-Projekte (Public Private Partnership). Es scheint so, als sollten alle wichtigen Projekte so abgewickelt werden. Man denke an das Justiz- und Verwaltungszentrum an der Mainzer Straße und das Polizeipräsidium am Platz der Deutschen Einheit. PPP bedeutet größtmögliche Geheimhaltung: ehe der Bürger sich versieht, ist alles entschieden, eine öffentliche Diskussion findet nicht vor den wichtigen Entscheidungen statt. Hier wird die Beteiligung der Bürger am Entscheidungsprozeß systematisch unmöglich gemacht. Die Grünen tragen diese Beseitigung von Mitsprachemöglichkeiten anstandslos mit.

Integration: Wir unterstützen alle vernünftigen Maßnahmen zur Integration ausländischer Mitbürger und sehen auch kein gravierendes Ausländerproblem in Wiesbaden. Als gefährlich für den Zusammenhalt der Gesellschaft betrachten wir die Aktivitäten von muslimischen Organisationen, die eine andere Werte- und Rechtsordnung als die unsere wollen, also verfassungsfeindliche Gruppierungen wie Milli Görüs. Die Jamaika-Koalition macht keine Anstalten, der Tendenz zur Bildung von Parallelgesellschaften entschieden entgegenzutreten. Die geplante Integrationsvereinbarung wird kein Mittel dazu sein, da sie keine Sanktionen bei Vertragsbruch vorsieht. Antidemokratische und antiwestliche Bestrebungen werden gefördert, indem man

ihren verfassungsfeindlichen Charakter gütig übersieht und den organisatorischen Aufbau solcher Vereine unterstützt. Ein

Blick in die europäischen Nachbarländer und in die Welt zeigt, wie hier Entwicklungen aus der Kontrolle geraten können. Die

Gefahr der Parallelgesellschaft verkennen ist für uns eine ganz inakzeptable Politik.

Michael von Poser

Abschied von Stadtrat Schüler

Der ehrenamtliche Stadtrat Schüler ist, ohne der BLW-Fraktion eine Möglichkeit der Aussprache zu geben, mit schweren Vorwürfen und Unterstellungen gegenüber der Fraktion der BLW und mir, dem Fraktionsvorsitzenden, an die Presse gegangen. Die Fraktion hat ihm daraufhin die Mitarbeit aufgekündigt. Einem Antrag von Thorsten Reiß und Ursula Reichling auf Ausschluß von Herrn Schüler aus dem Verein, weil sein Verhalten in grober Weise gegen die Interessen des Vereins verstoßen hat, ist Herr Schüler durch seinen Austritt aus dem Verein zuvorgekommen. Die Fraktion ist der Meinung, daß es so gut ist und man nun unbelastet weiterarbeiten kann.

Der Stadtrat hatte verlangt, daß die Fraktion sich keine Geschäftsordnung gibt und daß er bei Fraktionssitzungen Stimmrecht besitzt. Beides konnte nicht zugestanden werden, da die Fraktion sich laut Gesetz eine Geschäftsordnung geben muß und ein Mitglied des Magistrats, also eines Exekutivorgans, unter keinen Umständen an den Sitzungen einer Fraktion, die die Verwaltung kontrollieren soll, stimmberechtigt teilnehmen darf. Wir hätten mit einer solchen Regelung gegen geltendes Recht verstoßen. Der Stadtrat sah sich als Magistratsmitglied von der öffentlichen Wirkung mehr oder minder ab-

geschnitten und wollte wieder stärkeren Einfluß auf die Fraktionsarbeit nehmen. Bei diesen Auseinandersetzungen hat sich herausgestellt, daß die politischen Ziele und Methoden der Fraktion Bürgerliste und des Stadtrats nicht vereinbar sind. Der Hauptvorwurf des Stadtrats ist, daß die Bürgerliste sich von ihren ursprünglichen Zielsetzungen abgewendet habe und zu angepaßt geworden sei. Die Fraktion betrachtet diese Kritik als abwegig.

Es war immer klar, daß sich die Arbeit der Fraktion zweigleisig abspielen muß: einerseits Bürgerinteressen- und Bürgerinitiativen in der Stadt unterstützen, andererseits die Bürgerwünsche ins Parlament tragen. Wir haben den Initiativen, die wir für sinnvoll halten, beigestanden, so der Elterninitiative gegen einen Kita-Neubau am Schloßberg in Sonnenberg oder den Freunden des klassischen Balletts, denen wir ein Forum geboten haben. Wir arbeiten mit den Gegnern von Moscheebauten islamistischer Organisationen zusammen. Es scheint uns, daß z.B. im Falle des Gebetszentrums am Gräselberg die Vorgehensweise des Stadtrats der Sache nicht eben förderlich war. Welche Bürgerbewegungen hat der Stadtrat durch seine besondere Arbeit unterstützt?, könnte man fragen. Wir werden jedenfalls unsern Kurs fortset-

zen, Initiativen beraten und die dazu nötigen Veranstaltungen organisieren.

Ich greife noch zwei besondere Beispiele auf, die der Stadtrat zum Beweis anführt, wir seien lau geworden: Das Justiz- und Verwaltungszentrum an der Mainzer Straße und die Moritzstraße. Die BLW-Fraktion war die einzige Fraktion, die sich bei laufendem Auswahlverfahren zum Justiz- und Verwaltungszentrum geäußert hat. Das war nicht ungefährlich. Mir hat meine Pressemitteilung eine Warnung einer Frankfurter Kanzlei eingetragen, daß ich besser den Mund hielte. Wir haben erreicht, daß sich die Verwaltung Gedanken über Bürgerbeteiligung bei PPP-Projekten machen muß. Den Protest der Anwohner und Geschäftsleute in der Moritzstraße haben wir von Anfang mit allem Nachdruck unterstützt, wir werden auch, wenn es dazu kommt, bei einem Bürgerentscheid Hilfestellung leisten. Von Lauheit auf unserer Seite kann überhaupt nicht die Rede sein.

Die Trennung von dem Stadtrat, der der Bürgerliste durch seine öffentlichen Äußerungen solchen Schaden zugefügt hat, war geboten. Er hat Andeutungen gemacht, daß er seine eigene Gruppierung gründen wolle. Dazu wünschen wir ihm Glück.

Michael von Poser

Gentechnikfreie Zone Wiesbaden

Gentechnisch veränderte Lebensmittel werden vom Verbraucher abgelehnt. Dieser wird aber - anders als in der Schweiz - nicht gefragt. Die gesundheitlichen Risiken sind nicht abzuschätzen - es droht ein breit angelegter Feldversuch mit irreparablen Folgen.

Nur „einige“ Gründe gegen das Ausbringen von gentechnisch veränderten Organismen:

- Pollen gentechnisch manipulierter Pflanzen dringen ins Erbgut anderer Lebensformen in weiter Umgebung ein, da Barrieren für Insekten, Wind und Regen unmöglich sind.
- Es entstehen Superunkräuter und Superschädlinge, die gegen konventionelle Gifte immun sind.
- Bauern werden abhängig vom Saatgut-Nachkauf bei Gen-Konzernen
- Die Patentierung von Genpflanzen, -tieren und -erzeugnissen verschafft den Konzernen absolute Monopolstellung und die totale Kontrolle über die Welternährung.
- Das Sterben kleiner und mittlerer Bauernbetriebe vervielfacht sich.
- Die Ausrottung der Artenvielfalt macht jedes ökologische Gleichgewicht unmöglich.
- Es entstehen extrem viele neue Allergien und Krankheiten.
- Künstlich erzeugte Eigenschaften und unvermeidbare Nebenwirkungen werden an alle folgenden Generationen

und artverwandte Organismen weitergegeben. Einmal freigegeben, können sie niemals zurückgeholt oder isoliert werden. Die Folgen sind unabsehbar.

In der Schweiz wurden Anbau und Handel von gentechnisch veränderten Organismen in der Nahrungsmittelherstellung per Volksentscheid abgelehnt.

In Österreich wurde die Zwangszulassung beispielsweise von Gen-Mais seitens der Regierung und der Mehrheit der Bürger abgelehnt und verhindert, - es wird an einem Importverbot festgehalten.

In der Bundesrepublik dagegen wurden inzwischen 5 Sorten der Firma Monsanto zugelassen.

In der Bundesrepublik Deutschland wurden auch z.B. mit Genehmigung, aber ohne Wissen der Anlieger auch Gen-Raps angebaut, der als besonders auskreuzungsfreundlich gegenüber seiner „wildem“ Partner ist. Die konkreten Flurstücke des Testanbaues konnte selbst das Bundessortenamt nicht angeben, da der Anbau an fremde Institute vergeben worden sei. Soviel zum staatlichen Verbraucherschutz und seiner Ernsthaftigkeit !

Zu Wiesbaden:

In der Fragestunde der Stadtverordnetenversammlung wurde aufgrund unserer Initiative vom Magistrat wie folgt geantwortet:

„Im Stadtgebiet Wiesbaden werden kein gentechnisch verändertes Saatgut bzw. gentechnisch veränderte Organismen

ausgebracht. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind von den Wiesbadener Landwirten keine Bestrebungen zur Ausbringung bekannt. Dies entspricht auch einem Beschluß des Kreisbauernverbandes Wiesbaden aus 2005.“ (Stand 3.7.2006)

Damit dies auch in Zukunft so bleibt, wird die gentechnikfreie Zone Wiesbaden, - in Hohenstein und Schlangenbad schon umgesetzt, in absehbarer Zeit als Antrag in der Stadtverordnetenversammlung gestellt werden.

Gentechnik mag ja in einigen Lebensbereichen (z.B.Medizin) sinnvoll sein, auf dem Acker und zur Herstellung denaturierter Lebensmittel darf dieser Technologie kein Platz eingeräumt werden.

Und wenn Sie sich noch tiefergehend eine Meinung bilden wollen:

www.gentechnikfreie-regionen.de

Dokumentarfilm: Leben außer Kontrolle - Denkmal-Verlag

www.denkmal-verlag.com

Übrigens ist die Möglichkeit vorhanden, den Film bei der BLW-Fraktion für private Zwecke auszuleihen.

Damit wir wissen, wie wir uns für Sie einsetzen können, würden wir uns freuen, wenn Sie uns einige Fragen beantworten oder auch eine eigene Sicht der Dinge darstellen würden.

Unter anderem interessiert uns:

- Halten Sie gentechnisch veränderte Nahrungsmittel für notwendig?

- Halten Sie gentechnisch veränderte Nahrungsmittel auch in Hinblick auf die nichtkalkulierbaren Risiken für sinnvoll?
- Sollten die Wiesbadener Landwirte wie am Beispiel der Rhön, Schlangenbad, Friedrichsdorf u.v.a. generell auf die Ausbringung von GVO verzichten?
- Sollte die Stadt Wiesbaden mit ihrem Einfluß auf eigene Grundstücke (auch gerade aus ungeklärten haftungsrechtlichen Aspekten) den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen untersagen?
- Sollte der Steuerzahler in der Haftungsfrage für entstehende Schäden einstehen?
- Sollte die Stadt Wiesbaden bei geplantem Anbau von Genpflanzen auf städtischen Grundstücken die Pacht kündigen?
- Achten Sie persönlich auf die entsprechende Kennzeichnung bei Nahrungsmittel?
- Ist nach Ihrer Meinung der Anbau von Genpflanzen im Hinblick auf die Überproduktionen gerechtfertigt?
- Weitere persönliche Bemerkungen: auch über unsere E-Mail-Adresse BLW-Fraktion@wiesbaden.de.

Richard Abt

Trockenmauern

An und für sich denkt man sich nicht viel dabei, wenn man an einer Mauer vorbeispaziert.

Gilt es sie zu überwinden, ist es eventuell schon eine schweißtreibende Anstrengung. Das wiederum war in der Regel auch Sinn und Zweck, denn ein großer Teil dieser Bauwerke galt dem Schutz der jeweiligen Bewohner von Burgen, Dörfern und Städten. In vielen Gegenden wurden Einfriedungen mit Mauern umzogen, - in Weinbaugebieten mit starken Hangneigungen dienten Mauern dazu, durch Anlage von Terrassen die Hangneigung zu verringern. Die Arbeitsbedingungen konnten etwas erleichtert und die Bodenabschwemmung durch wasserdurchlässige Stützmauern gemindert werden.

Im allgemeinen wurden die Mauern aus anstehendem Gestein und in „Trockenbauweise“ erstellt, wie auch der Name Trockenmauer deutlich macht. Durch die Flurbereinigung wurden die teils kunstvoll gesetzten Trockenmauern sehr häufig durch verblendete Betonmauern oder verfugte Natursteinmauern ersetzt. Die noch intakten, allerdings häufig

verbuschenden Mauern sind im Sinne des Naturschutzes von herausragender Bedeutung.

Durch Sonneneinstrahlung heizen sich die verwendeten Steine auf, speichern Wärme und ein besonderes Kleinklima entsteht, dessen Aufwinde sogar Schmetterlinge beim sogenannten „Hilltopping“ nutzen. Ohne Frage auch optimale Bedingungen für Reptilien und

Spezialisten, wie Zymbelkraut, Mauerpfeffer und Hauswurze.

Eine Betonmauer, wie im Bild zu sehen, ist eine klare Sache: gradlinig - pflegeleicht - glatt - ..und in der Herstellung preisgünstiger;---- Ergebnis eines (Mode -) Trends, der gern mit Graffiti verschönert wird, weil möglicherweise die „Leblosigkeit“ kaum deutlicher zutage tritt.





Das obige Bild zeigt eine Weinbergstützmauer im Bereich Frauenstein, die eine bemerkenswerte Lebendigkeit mit individueller Note ausstrahlt.

Zugegebenerweise ist diese Ausführung im Gegensatz zur Ausführung in Betonfertigteilen als kostenintensiver herauszustellen.

Das neugefasste Hessische Naturschutzgesetz sieht einen konkreten Schutz der Trockenmauern nicht mehr vor, dennoch ist es i.d.R. nicht erlaubt, diese zu beseitigen oder unfachmännisch auszubessern. Der Schutz der Trockenmauern definiert sich mittlerweile in erster Linie über den Artenschutz und einschlägige EU-Richtlinien.

Informieren Sie sich also erst bei der zuständigen Unteren Naturschutzbehörde.

Richard Abt

Anfrage der BLW-Fraktion: Betonstützmauer Rambacher Friedhof vom 12.12.2006

Wird die neu errichtete Betonstützmauer am Rambacher Friedhof mit Natursteinen verkleidet?

Antwort:

Die Erstellung einer neuen Stützmauer auf dem Friedhof in Rambach war aus Gründen der Verkehrssicherungspflicht erforderlich. Die alte Mauer war nicht mehr standsicher und es war nicht abzusehen, ob diese nach einer weiteren Frostperiode den statischen Anforderungen entsprochen hätte. Aus den vorhandenen Mitteln im Vermögenshaushalt des Ge-

bührenbereiches „Friedhöfe“ wurde unter fachlicher Bauleitung des Hochbauamtes die Maßnahme abgewickelt. Eine Verkleidung der Mauer mit Natursteinen war aufgrund der eingeschränkten finanziellen Ressourcen nicht vorgesehen. Das Amt für Grünflächen, Landwirtschaft und Forsten hatte jedoch von Anfang an vor, die Mauer mit einer Begrünung zu verkleiden. Nach einem Ortstermin am 18.12.2006 mit dem Ortsbeirat Rambach sagte sich Vertreterin des Hochbauamtes zu, eine Kostenschätzung für eine Naturstein-Verkleidung anzufertigen und diese bis Mitte Januar vorzulegen. Aufgrund dieser Zahlenbasis kann dann über das weitere Vorgehen entschieden werden.

Kommentar:

Diese Anfrage hat ihre Ursache in dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 27.04.2006 in dem 40000 EUR für „die Instandsetzung der defekten Stützmauer im Friedhof Rambach“ bewilligt wurde. Die Bürgerliste Wiesbaden hat diesem Antrag zugestimmt, da wir hier davon ausgingen, daß die alte Ziegelmauer, wie im Antrag formuliert, instandgesetzt und nicht durch eine häßliche Betonmauer ersetzt wird. Einer solchen Betonmauer hätten wir sowohl aus ästhetischen als auch aus ökologischen Gründen nicht zugestimmt.

Thorsten Reiß

Das Steinkohlekraftwerk

Über das geplante Kohlekraftwerk hätte viel früher offen geredet werden müssen. Selbst die Parlamentarier waren schlecht informiert, es kamen neue Zahlen und Informationen zum Vorschein, dann wurde ganz schnell entschieden. Die BLW hatte im Dezember eine Frage zur Vereinbarkeit des Projektes mit dem Kyoto-Protokoll gestellt, die wurde, weil so viele Fragen vorlagen, erst im Februar beantwortet. Im letzten Augenblick hat die Jamaika-Koalition einen Antrag zu einem Moratorium gestellt, um die Anträge der anderen unter den Tisch fallen zu lassen. Dieser Antrag hatte nur dekla-

ratorischen Charakter, in der CDU und der FDP gab es keinen kämpferischen Geist gegen das Kohlekraftwerk und die auch viel zu spät erwachten Grünen konnten nur hehre Reden zur Erhaltung der Umwelt halten. Die einstimmige Entscheidung des Stadtparlaments hatte keinen Effekt auf die Entscheidung der Kraftwerksbetreiber.

Diese Vorgänge sind in mehrfacher Hinsicht lehrreich. Die Jamaika-Koalition hat in ihrem Vertrag stehen, man sehe das Kohlekraftwerk kritisch. Wenn diese Formulierung ernst zu nehmen gewesen wäre, hätte man rechtzeitig Alternativen darstellen und die Debatte da-

rüber entfachen müssen. Im Mainzer Stadtrat hat eine Koalition aus CDU, SPD und FDP die Entscheidung für das Kraftwerk gefällt. Warum gab es keine Konsultationen auf Parteiebene, wo Wiesbadener Interessen vertreten wurden? Das Baurecht lag nun einmal in Mainz, aber Wiesbaden wird von der Luftverschmutzung betroffen und auch stadtplanerisch von den Koloß auf der Ingelheimer Aue. Soweit man sehen kann, ist überhaupt nichts geschehen, einen Wiesbadener Standpunkt geltend zu machen. Die viel zu späte Entscheidung des Wiesbadener Stadtparlaments ist einfach übergangen worden. So



Blick vom Biebricher Schloß auf die Kraftwerksinsel Ingelheimer Aue

Foto: K.H. Maierl

sieht keine wirkliche Umweltpolitik aus, sondern eine Politik als ob.

Die Aufsichtsräte der KMW haben gegen die Bedenken der Parlamentarier ihren Beschluß gefaßt. Der Oberbürgermeister Diehl, der im Aufsichtsrat der ESWE sitzt, eben weil er Oberbürgermeister ist, hat schon vorher zu erkennen gegeben, daß er sich nicht an einen Parlamentsbeschluß halten wird. Offenbar rangiert das wirtschaftliche Wohl des Unternehmens für ihn vor den ökologischen Erfordernissen. Wiesbaden hat

sich verpflichtet, den Kohledioxydausstoß bis zum Jahre 2010 zu halbieren. Wen schert's? Die Klimakatastrophe wird in ihrem ganzen Ausmaß sichtbar. In Wiesbaden wird bei der Luftverschmutzung weiter zugelegt. Das Riesenkraftwerk, Kesselhaus höher als der Mainzer Dom, ein zweihundert Meter hoher Schornstein, ruiniert das Landschaftsensemble mit dem Biebricher Schloß, wird ein bis weit in den Rheingau sichtbares Menetekel sein: Eine Goethelandschaft beschädigt - und wenn schon.

Ein städtischer Betrieb setzt sich über das Votum eines Stadtparlaments hinweg, das Eigeninteresse über das Interesse der Bürgerschaft setzend. Der Oberbürgermeister agiert auf derselben Seite. Wir sind sicher: hätte man die Bevölkerung gefragt, hätte man ein Votum für ein Moratorium bekommen. Für uns ist das ein hochbedenklicher Fall einer Entscheidung in wichtiger Sache an der Bevölkerung vorbei, ein Stück verkehrte Welt.

Michael von Poser

Antrag der Stadtverordnetenfraktion BLW vom 16.01.2007:

Die neuen Glaszugangshäuschen zur Tiefgarage Bowling Green sind eine Todesfalle für Vögel. Immer wieder werden hier tote und verendete Tauben, die mit der offenbar für Vögel unsichtbaren Glasscheibe zusammenprallen, beobachtet (z.B. am 17.11.2006: zwei tote Tauben und die Abdrücke von 11 Vögeln an der nördlichen Glasscheibe des nordwestlichen Eingangshäuschens).

Der Ausschuß möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten

1. welche Maßnahmen bei den Planungen der Glaseingangshäuschen in Bezug auf den Vogelschutz ergriffen wurden,
2. welche Maßnahmen zur Verhinderung weiterer Vogelunfälle in Zukunft geplant sind.

Dieser Antrag wurde im Umweltausschuß einstimmig angenommen.



Eine der toten Tauben, vom 17.11.2006

Foto: T. Reiß

Bei diesem Berichtsantrag ging es nicht speziell um den Schutz der Tauben, sondern um den Schutz aller betroffenen Vögel. In Europa verenden jeden Tag ca. 250.000 Vögel dadurch, daß sie gegen verglaste Bürogebäude, Bushaltestellen etc. fliegen. Im Bürgerbeirat wurde am 22.02.05 in Anwesenheit von Herrn Wossidlo, Herrn Bendel und Vertretern der Baufirma auf diese Pro-

blematik hingewiesen, der Magistrat war also lange vor der baulichen Umsetzung der Glashäuschen informiert.

Die Nichtberücksichtigung des Vogelschutzes in diesem Fall ist daher umso bedauerlicher, da bereits im Vorfeld die Möglichkeit bestanden hätte speziell beschichtetes Vogelschutzglas einzuplanen.

Thorsten Reiß

Planung Stadtmuseum

Der Fraktionsvorsitzende der BLW, Dr. Michael von Poser, hat Stadträtin Thies in einem Brief dargelegt, daß und warum er nicht mehr an den Sitzungen des Lenkungsausschusses für das Stadtmuseum teilnehmen wird. Die Fraktion BLW ist der Meinung, daß die Planung in eine falsche Richtung geht und auf diese Weise nicht eine Einrichtung zustande kommen kann, wie sie für Wiesbaden wünschbar wäre.

Die BLW ist der Meinung, daß das Stadtmuseum in einem historischen Gebäude untergebracht werden sollte und hatte dafür Vorschläge gemacht. Damit sind wir nicht durchgedrungen, die Verwaltung wollte unter allen Umständen einen Neubau. Nun wird ein Architektenwettbewerb vorbereitet, der so ablaufen wird, wie wir es immer kritisiert haben, nämlich ohne wirkliche architektonische Alternativen. Michael von Poser hat sich dafür eingesetzt, daß zu den Kriterien folgende Gesichtspunkte gehören sollten:

1. architektonische Qualität im Sinne von phantasievoll und menschengemäß;
2. Eingehen auf das vorhandene Ensemble, die besondere Wiesbadener Umgebung.

Das Museum soll ja an der Wilhelmstraße entstehen und Wiesbadener Kulturgeschichte zeigen. Auf diese Vorschläge ist der Ausschuß nicht eingegangen. Die von der Fraktion BLW benannten Architekten sind von dem Büro, das den Wettbewerb

ausrichtet, nicht berücksichtigt worden. Architekturbüros, die eine andere Sprache sprechen als die herrschende mit ihren Einfachformen aus Beton, Glas und Stahl haben bei uns keine Chance. Sie werden zu einem Wettbewerb nicht eingeladen und würden auch an den von der Verwaltung ausgewählten Fachpreisrichtern scheitern. Es ist ein geschlossenes System, bei dem immer nur wieder das gleiche herauskommen kann wie schon beim Dernschen Gelände oder beim Hessischen Landtag.

Auch gegen die Planung der Innenräumlichkeit des Stadtmuseums haben wir die größten Bedenken. Noch heute ist unklar, was eigentlich ausgestellt werden soll. Trotzdem hat man schon 2004 einen Künstler, Hans Dieter Schaal, beauftragt, ein Gestaltungskonzept zu entwickeln. Die Arbeiten dieses Künstlers gehören nach unserm Dafürhalten zu einem Genre, das nichts Gutes erwarten läßt. Beispielsweise ist er mit Installationen hervorgetreten, die „Stangenwald“ und „Türenwald“ heißen, also Ansammlungen von Stangen und Türen. Wir bezweifeln, daß mit einem solchen Ansatz eine einfühlsame und sehenswerte Präsentation Wiesbadener Kulturgeschichte herauskommen kann.

Die Landesregierung erwartet, daß bei den weiteren Planungen Museumsdirektor Rattemeyer beratend mitwirkt. Herr Rattemeyer ist bekanntlich dabei, aus seinem Drei-Sparten-Museum eine Galerie für zeitgenössische Kunst zu machen. Wir befürchten, daß die Planung Stadtmuseum in eine

ähnlich eiskalte Richtung geht. Zu dieser Tendenz paßt es auch, daß man Herrn Rattemeyer in dem Bestreben unterstützt, die Sammlung Nassauischer Altertümer loszuwerden, die ins Landesmuseum gehört und von der nur ein sehr kleiner Teil für ein Wiesbadener Stadtmuseum in Frage käme.



Weihrelief an Jupiter Dolichenus aus dem 2. Jahrhundert n. Chr. aus Heddernheim.

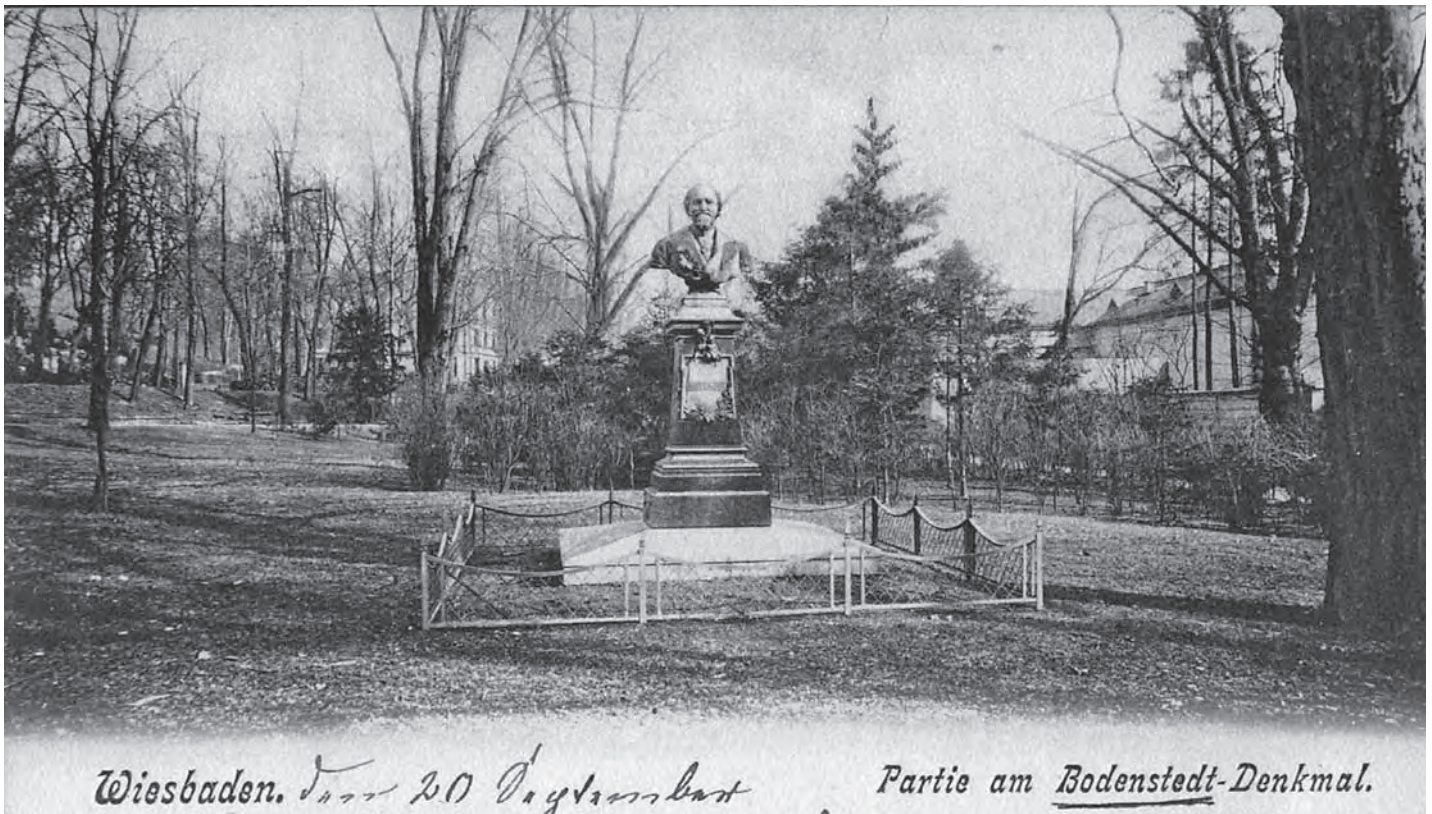
Wird auch dieses hervorragende Objekt aus der SNA im Wiesbadener Stadtmuseum wieder ausgestellt, obwohl es nicht aus Wiesbaden stammt?

Bildarchiv: T. Reiß

Die BLW ist für ein Wiesbadener Stadtmuseum, aber für eines, das den Namen verdient, das nicht nur den Vorwand für künstlerische Selbstverwirklichungen bietet.

Karl-Heinz Maierl

Der Kurpark



Das Friedrich von Bodenstedt-Denkmal wurde 1894 auf der damals zum Kurpark gehörenden Fläche neben der Brunnenkolonnade aufgestellt, 1936 ins Nerotal versetzt und 1942 eingeschmolzen.



Nach einem Zwischenspiel als Minigolfplatz wird das Areal heute als Parkplatz genutzt. Bilder: T. Reiß

Die Oberbürgermeisterkandidaten und das Gebetszentrum am Gräselberg

Unser Kämmerer und Bürgermeister, der jetzt Oberbürgermeister werden will, hat Glück, daß die kommunalen Steuern allenthalben wieder reichlich fließen, doch daß der städtische Haushalt wieder besser aussieht, ist selbstredend vor allem sein Verdienst. Wie er überhaupt alles Gute, was der Stadt scheinbar passiert, auf seiner persönlichen Haben-Seite zu verbuchen versteht. Das Soll dagegen versteht Müller offenbar konsequent auszublen- den.

Geradezu unvergleichliches Geschick beweist der Oberbürgermeister-Kandidat der CDU im Abtauchen, wenn es um Themen geht, mit denen, jedenfalls vordergründig, nur schwer Stimmen zu gewinnen sind. Obgleich doch gerühmt wegen seiner „Teebeutel-Mentalität“ (er hängt sich in alles rein), hat er sich bis heute beispielsweise eines deutlichen Kommentars zu den umstrittenen Moschee-Plänen der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs auf dem Gräselberg enthalten. Natürlich weiß auch Müller, daß diese Organisation von den Fachbehörden bundesweit als verfassungsfeindlich eingeschätzt wird, und daß sie der hessische Innenminister Volker Bouffier auf längere Sicht sogar für gefährlicher hält, als die militanten Islamisten. Bouffier zur Vorstellung des hessischen Verfassungsschutzberichts 2005 lt. Pressemitteilung seines Ministeriums (im Internet nachzulesen unter www.hmdi.hessen.de):

Der Minister warnte gleichzeitig vor der politischen Doppelstrategie islamistischer Organisationen wie der „Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs e.V.“ (IGMG), die in Hessen 3.700 und bundesweit 26.500 Mitglieder hat. Die IGMG ist damit die größte islamistische Organisation bundesweit. Nach außen stelle man sich dialogbereit dar und bekenne sich zum Grundgesetz, intern werde gegen westlich-demokratische Werte agitiert. So werde im Sprachrohr der IGMG, der „Milli Gazette“, der Westen und die Nachahmung des Westens als „teuflische Krankheit“ bezeichnet; der Koran warne davor, Nichtmuslime als Freunde anzusehen. In einem schleichenden Prozeß wolle die IGMG Parallelgesellschaften verfestigen und eine Islamisierung des gesamten Lebens herbeiführen. „Die verfolgte Legalitäts-Strategie ist langfristig eine größere Gefahr für unsere Demokratie als die Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus“, ist der Minister überzeugt. Die IGMG versucht zudem Kinder und Jugendliche von der westlich geprägten Gesellschaft fern zu halten und von frühester Kindheit an und in allen Lebensbereichen im Sinne eines islamistischen Weltbildes zu beeinflussen.

Der Oberbürgermeister-Kandidat der CDU aber sieht überhaupt keine Veranlassung, den Bürgern auf dem Gräselberg, die sich gegen eine solche Nachbarschaft unseres Erachtens zu Recht zur Wehr zu setzen versuchen, wenigstens verbal zur Seite zu stehen - von der Überheblichkeit der Kandidatin der

Die Fraktion BLW versteht sich als Vertretung von Bürgerinteressen.

Was bereitet Ihnen Sorge in Angelegenheiten der Stadt? Haben Sie Fragen an uns? Vorschläge? Kritik?

Nehmen Sie Kontakt zu uns auf!

Sie können uns besuchen in unserem Fraktionsraum im Rathaus, Zimmer 308.

Unsere Bürozeiten sind:

Montags bis Freitags 10.00 bis 15.00 Uhr.

Sie können aber auch anrufen unter der Nummer 31 31 60 oder eine E-Mail schicken an: BLW-Fraktion@Wiesbaden.de.

Wir sind für Anregungen dankbar. Wir veröffentlichen in diesem Blatt auch Meinungsäußerungen und Leserbriefe. Für den Inhalt der nichtredaktionellen Beiträge sind deren Verfasser verantwortlich.

Grünen ganz zu schweigen, die meint, den Protest gegen die umstrittene Umwidmung eines Supermarkts in ein „Gebetszentrum“ als Mißfallenskundgebung einer sozialen Randgruppe über ihre Lebenssituation abtun zu können. Wortlaut Thies laut „Wiesbadener Kurier“: „Auf dem Gräselberg artikulieren sich diejenigen, die sich zu kurz gekommen fühlen.“

Peter Eckhardt

Das Amtsgericht Wiesbaden hat übrigens im Februar eine einstweilige Verfügung gegen Umbauten am früheren Supermarkt erlassen.

Die Redaktion

Weltkulturerbe

Sehr gespannt sind wir, was aus der Bewerbung der Landeshauptstadt wird, Wiesbaden als Teil des Weltkulturerbes der Unesco anerkennen zu lassen. Wir würden es natürlich wunderbar finden, wenn die Bewerbung Erfolg hätte, und wollen sie auch, wo immer uns das möglich erscheint, tatkräftig unterstützen. Allein uns fehlt der Glaube, daß die Stadt es wirklich ernst damit meint. Das zeigt schon der Umgang mit ihren eigenen denkmalgeschützten Bauten und Anlagen. Nehmen wir z.B. das Kurhaus. Ganz abgesehen von der Tiefgarage, die aus dem Bowling-Green

eine Allerwelts-Event-Fläche gemacht hat: Ob die Unesco-Kommission wirklich toleriert, daß der Kurdirektor ihm einfach einen häßlichen Glaskasten angehängt hat, der die architektonische Schönheit des Gebäude vom Kurpark her gesehen bis zur Unkenntlichkeit verstellt? Und schauen Sie sich den Luxemburgplatz an: Läßt sich ein schlimmerer Umgang mit einem historischen Ensemble denken? Die Mittel für die private Denkmalpflege hat die Stadt unterdessen von 150.000 € auf 8.000 € gekürzt - für das „Jahr des Historismus“, das die Bürger für Welterbe-Bewerbung begeistern soll, werden dagegen 500.000 € freigemacht. Auch das läßt uns zweifeln an der Ernsthaftigkeit der vom früheren hessischen Landeskonservator Gottfried Kiesow angestoßenen Initiative.

Ende der Ehrenbadekarten

Haben Sie gelesen, daß der Kurdirektor jetzt nicht mehr nach Gutdünken alljährlich über 50 „Ehrenkarten“ für die Kurbäder im Wert von jeweils rund 800 € unter „verdienten“ Politikern und Journalisten verteilen darf? - Als die BLW das im vorigen Jahr als Skandal angeprangert hat, wurde ihr das allgemein übel angekreidet. Und Kurdezernent Bendel (CDU) verteidigte die merkwürdige Freigebigkeit als notwendiges „Marketinginstrument“. In der letzten Stadtverordnetenversammlung bekamen wir dann zu hören, daß die Kurbetriebe für das Jahr 2007 keine Ehrenkarten mehr ausgeben. Begründung: der Kurdirektor wolle es so. Egal, warum, es ist gut, daß diese bedenkliche Praxis beendet wird.

Richard Abt

Peter Eckhardt

Impressum

Postanschrift:
Bürgerliste Wiesbaden
Rathausfraktion
Schloßplatz 6
Rathaus, Zimmer 308
65183 Wiesbaden
Geschäftsstelle der Fraktion:
Rathaus, 3. Stock, Zimmer 308
Telefon: 0611 313160/59
Fax: 0611 316926
Mail: BLW-Fraktion@wiesbaden.de
www.BLW-Fraktion.de

Fraktionsvorsitzender:
Dr. Michael von Poser
Geschäftsführer:
Karl Heinz Maierl

Bankverbindung:
Nassauische Sparkasse Wiesbaden
Kto. 110 241 700
BLZ 510 500 15

Redaktion:
Michael von Poser, Thorsten Reiß,
Andrea Monzel
Layout: Andrea Monzel

Bürgerliste Wiesbaden
V.i.S.d.P.: Dr. Michael von Poser
Ausgabe 1/2007 (Nr. 2)
Auflage : 20000



Der Luxemburgplatz ähnelt heute eher einem Hochsicherheits-trakt als einem Platz

Foto: T. Reiß